



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XV/80 - 5. April 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a

Von Künstlern und Schriftstellern

71

Nicht überall hängt der Himmel voller Geigen

"Deutsche Künstlerhilfe" genügt nicht

Von Richard Reitzner, MdB

2

Eine neue Partei in Frankreich

53

Sammlung der nichtkommunistischen Linken

Von G. Markscheffel

3 - 4

Das Ringen der Großmächte um den Balkan

108

Entspannung im "Wetterwinkel Europas" möglich

Von Dr. Basil Mathiopoulos

5 - 6

Fall Keyde und kein Ende

63

Untersuchungsausschuß beginnt mit einem Paradox

* * * *
* * *

Von Künstlern und Schriftstellern

Von Richard Reitzner, MdB

Wahlversammlungen in Bayern führten mich in eine Gemeinde, die voller Geigen hängt. Es ist Bubonreuth bei Erlangen. Dort haben Süddeutsche aus Schönback bei Eger ihre Geigenbauindustrie neu aufgebaut, exportieren wieder Geigen und Baßgeigen in alle Welt und musizieren auch selbst. Es war kein Geringerer als Richard Wagner, der den "Böhmen" bescheinigte, daß sie sehr gute Musiker sind.

Der Lebensabend vieler Musiker und Künstler aber ist kein Himmel, der voller Geigen hängt. Oft ruht die Geige im Kasten. Der Musiker ist alt, müde oder krank, sein Lebensabend recht düster. In einem kleinen Ort bei München liegt sogar eine Amati-Geige im Kasten. Ihr Besitzer, einst ein brillianter Geiger und guter Komponist, oft gefeiert und geehrt, ist müde, krank und mittellos geworden. Die Sorge wohnt bei ihm im Hause, und wenn nicht bald Hilfe kommt, muß die Amati-Geige ins Ausland verkauft werden, um leben zu können, damit sein Sohn die Oberschule besuchen kann.

Das ist nur ein Beispiel von vielen. Tausende freischaffende Schriftsteller, Komponisten und Künstler müssen ihr Leben unter der "Armutsgrenze" fristen. Das ist für uns alle ein Armutszeugnis. Nun wird gleich der Spießbürger kommen, das Märchen von der Ameise und der Grille erzählen und sagen: "Wie man sich bettet, so liegt man. Hätten Künstler und Schriftsteller weniger von ihrer Berufung geträumt und mehr Verwandtschaft mit der Ameise gezeigt, dann hätten sie nicht einen Beruf gewählt, der so wenig Sicherheit bietet." Die letzte Konsequenz eines solchen Standpunktes allerdings wäre der Verzicht auf jede schöpferische Arbeit.

Für die freien Berufe, die ihr und ihrer Angehörigen Alter zu sichern wünschen, ist die Frage, wie sich die Versorgung gestalten läßt, von grosser Bedeutung. Der selbstverantwortlichen Vorsorge sind ja Grenzen gesetzt. Man kann nicht immer ein Haus bauen oder sich Wertpapiere anlegen oder sich darauf verlassen, daß die Kinder helfen. Manchmal hat man gar keine. Und Ersparnisse sind in den letzten 40 Jahren zweimal durch Inflationen vernichtet worden. Ich glaube, daß Freischaffende ein legitimes Recht haben, in die soziale Gesetzgebung des Bundes einbezogen zu werden.

Darüber hinaus sollten Voraussetzungen geschaffen werden, die es diesem Personenkreis ermöglichen, in Freiheit und Unabhängigkeit zu wirken.

Dabei muß man der Eigenart der freischaffenden Schriftsteller und Künstler gerecht werden. Es sind drei Probleme, die durchdacht werden müssen.

1. Die Vorsorge für das eigene Alter und für die Hinterbliebenen.
2. Die Fürsorge für nicht arrivierte und nicht mehr aktive Berufsangehörige.
3. Eine stärkere Betreuung des musikalischen und künstlerischen Nachwuchses, wobei Begabungen zu ermitteln und zu fördern sind.

Was die Altersversorgung für die freischaffenden Schriftsteller, Künstler und Komponisten betrifft, so handelt es sich im jetzigen Stadium um die Erarbeitung eines realistischen und wirksamen Planes. Praktisch gesehen könnte es eine Gemeinschaftsvorsorge mit Rechtsanspruch sein, in Verbindung mit einem beim Berufestand einzurichtenden Sozialfond und ergänzt durch Bundeszuschüsse. Wie weit das Solidaritätsprinzip angewendet werden kann, ob regelmäßige Beiträge und in welcher Höhe geleistet werden können, ob es möglich ist, Lasten auf die junge Generation abzuwälzen, ob Honorarabgaben einzuplanen sind, das müssen die Untersuchungen der nächsten Zeit ergeben. Es ist klar, daß praktische Lösungen nicht von heute auf morgen möglich sind. Deshalb ist eine rasche Zwischenlösung notwendig.

Der Fond "Deutsche Künstlerhilfe", aus dem in Notfällen Unterstützungen gewährt werden können, muss auf mindestens eine Million DM erhöht werden. Jetzt sind dafür im Bundeshaushalt 200 000 DM vorgesehen. Die Erfahrungen in den Jahren 1953 bis 1959 zeigen aber, daß auch eine Million DM noch nicht ausreicht. Die Wahrheit ist, daß der Beruf des freischaffenden Künstlers seinen Mann in der Bundesrepublik heute nicht mehr ernährt. Außerdem kann man unter dem Druck wirtschaftlicher Not nicht schaffen.

Wenn man die Frage der Altersversorgung für freischaffende Schriftsteller, Künstler und Komponisten nicht nur vom sozialpolitischen Aspekt sondern auch vom kulturpolitischen her sieht, dann muss festgestellt werden, daß in der Bundesrepublik auf diesem Gebiete noch viele Wünsche offen sind.

Eine neue Partei in Frankreich

G.M. - Seit vergangenem Sonntag gibt es in Frankreich eine neue sozialistische Partei, die "Parti Socialiste Unifié" (PSU). An ihrer Spitze stehen namhafte Persönlichkeiten, die zum Teil jahrelang in der SFIO (Generalsekretär Guy Mollet), der Sozialistischen Partei Frankreichs, führende Positionen innehatten: die ehemaligen Minister Eduard Depreux, Daniel Mayer, Tanguy-Prigent und Savary, der langjährige Chefredakteur des "Populaire", Oreste Resenfant, und die ehemaligen Vorsitzenden der Sozialistischen Parlamentsfraktion, Verdier und Charles Lucey. Sie hatten 1958 die SFIO verlassen, als Mollet die Partei dazu bewegen konnte, der Verfassung de Gaulles ihre Zustimmung zu geben und damit das "regime personelle" in Frankreich zu stützen. Bisher gruppierten sich Eduard Depreux und seine Freunde in der "Parti Socialiste Autonome" (PSA). Zusammen mit der "Union de la Gauche Socialiste" (UGS) und der "Tribune Communiste" (TC) bildeten Eduard Depreux und seine Freunde jetzt die PSU. Der ehemaligen UGS gehören die Herausgeber der bekannten Wochenzeitschrift "France Observateur", Bourdet und Martinet, sowie bekannte Linkskatholiken an. Die Gruppe TC setzt sich aus Persönlichkeiten zusammen, die der Kommunistischen Partei den Rücken gekehrt haben. Alle drei Gruppen, jetzt vereint in der PSU, verfügen über ca. 20 000 Mitglieder; die ehemalige PSA mit 12 000 bis 13 000 Mitgliedern ist die stärkste von ihnen.

Die neue Vereinigte Sozialistische Partei ist alles andere als kommunistenfreundlich. In ihr finden sich jene Elemente der französischen Linken, welche die Verwirklichung des demokratischen Sozialismus anstreben, jede Form der Diktatur ablehnen und auf dem von Léon Blum errichteten Fundament einer humanistisch-sozialistisch orientierten Bewegung das Sammelbecken aller modernen Demokraten sein wollen. Auch der frühere Ministerpräsident Pierre Mendès-France hat sich der neuen Partei angeschlossen. Zur Generalsekretär wurde Eduard Depreux gewählt.

Als unmittelbare Ziele proklamiert die PSU die Überwindung der imperialistischen Blockpolitik und die Schaffung eines kollektiven Sicherheits-systems in Europa. Sie verurteilt die Fortsetzung des Algerienkrieges und befürwortet die Unabhängigkeitsbestrebungen der Entwicklungsländer in Afrika und Asien. Innenpolitisch setzt sich die PSU für die Aufrechterhaltung der Trennung von Kirche und Staat ein, fördert in der Wirtschaft die Beibehaltung und Demokratisierung bereits vergesellschafteter Wirtschaftssektoren, will die Kontrolle der Manager und Technokraten sicherstellen und in der Agrarwirtschaft die Subventionspolitik durch eine moderne Strukturpolitik ablösen.

Es ist schwer zu sagen, ob die PSU in absehbarer Zeit wirklich eine politische Rolle in Frankreich spielen kann. Ihre Gründer behaupten es. Sie sagen, zahlreiche Mitglieder der SFIO und der KPF seien heute desorientiert und suchen eine neue politische Heimat. Da die PSU auch eine Gewerkschaftsbewegung fördern will, die unabhängig von den politischen Parteien als breiteste Vertretung von Arbeitnehmerinteressen wirksam werden soll, könnte es möglich sein, daß bisher unorganisierte Arbeitnehmer diese Ziele unterstützen. Auch in Kreisen der Linksin-tellektuellen Frankreichs hat die neue Partei Chancen. Dadurch, daß Mendès-France sich der PSU angeschlossen hat, wird sie indirekt über zwei der größten französischen Wochenzeitschriften verfügen; über "L'Express" und "France Observateur". Jedenfalls ist damit zu rechnen, daß die hinter diesen beiden Zeitschriften stehenden Gruppen sich in den Dienst des Versuchs stellen werden, in Frankreich eine neue Linke zu konsolidieren.

Das Ringen der Großmächte um den Balkan

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Die Balkanhalbinsel ist ein neuralgischer und leicht entzündbarer Raum, seit die berüchtigte Orientfrage die europäische Diplomatie beschäftigt. In den letzten Jahren ist hier wieder ein Schauplatz internationaler Auseinandersetzungen entstanden, aber in dem erbitterten Tauziehen um den Balkan zwischen Ost und West ist bis heute noch keine endgültige Konstellation der Kräfte zu erkennen. Beide Weltmächte sind sich der strategisch und politisch wichtigen Lage dieses Raumes bewußt.

Balkanpakt mit NATO verknüpft

Der amerikanischen Diplomatie gelang es im Jahre 1953, einen Balkan-Pakt zustandezubringen, in dem sich Jugoslawien, Griechenland und die Türkei zusammenschlossen. Durch seine neuen Verbündeten wurde Jugoslawien damit praktisch indirekt mit der Nato verknüpft. Der Balkan-Pakt hätte - sollte er sich nicht als "Fehlgeburt" erweisen - die Pläne Moskaus auf dem Balkan vereiteln sollen, aber der Jugoslawien-Besuch Chruschtschows im Mai 1955, der eine Versöhnung zwischen den Staaten zur Folge hatte, wie auch die erneut aufbrechenden griechisch-türkischen Auseinandersetzungen um die Zypernfrage bewirkten, daß der so mühsam konstruierte Vertrag über den Balkan-Pakt ein bloßes, wortloses Stück Papier wurde. Nur dauerte allerdings die Versöhnung Belgrad/Moskau nicht allzu lange: die ungarische Revolution ließ den ganzen Gegensatz zwischen Jugoslawien und den übrigen Ostblockstaaten wieder aufleuchten. Nur der Tenor in den Vorwürfen gegen das titoistische Regime änderte sich, und man sprach jetzt von den "jugoslawischen Revisionisten". Indes, die politische und militärische Zusammenarbeit zwischen Belgrad und Athen wurde in den folgenden Jahren immer intensiver gestaltet, sodaß man heute in der Tat - trotz so großer Unterschiede in den Staatsformen beider Länder - geradezu von einer Freundschaft sprechen kann.

Die Politik des Lächelns und der friedlichen Koexistenz verfolgte der Krenl konsequenterweise auch gegenüber Athen. Im Juni 1956 besuchte der damalige sowjetische Außenminister Schepilow Athen und sprach mit der griechischen Regierung über die Möglichkeiten einer Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern. Auch in der Zypernfrage stellte sich die Sowjetunion hinter die griechische Auffassung und vertrat in der UNO die griechischen Thesen. Darüberhinaus pflegte man den Austausch von Wissenschaftlern, Parlamentariern und Künstlern zwischen beiden Ländern, womit die Sowjetunion die Ressentiments, die gegenüber dem Kommunismus in Griechenland seit den Tagen des Aufstandes bestanden, aus der Welt schaffen wollte.

Sowjetrussische Erfolge in Athen

Die sowjetische Taktik, eine Politik des Lächelns und der Friedensbereitschaft zu üben, hatte inzwischen in Griechenland gewisse Ergebnisse gezeitigt: Bei den letzten Parlamentswahlen vom 11. Mai 1958 errang die kommunistische Parteiorganisation EDA - die seit 1947 die in Griechenland verbotene KP vertritt - 24,6 Prozent der abgegebenen Stimmen. In einer anderen wichtigen Frage wurde der Friedensoffensive ein weiterer Erfolg beschieden: Im Jahre 1958 sah sich Griechenland vor die Frage gestellt, ob es amerikanische Atombasen zum Abschluß von Mittelstreckenraketen auf seinem Gebiet zulassen sollte. Die Ostblockländer überhäufte Athen daraufhin mit warnenden Noten, aber auch die griechische

bürgerliche Opposition und die Presse wiesen die Regierung auf die Gefahr einer möglichen Zusage hin. Im April 1959 besuchte schließlich der griechische Oppositionsführer, Spyros Markezinis, auf Einladung Chruschtschows Moskau. In Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten und Mikojan wurde die Schaffung einer "Zone des Friedens" auf dem Balkan erwogen. Sollte Griechenland keine Atombasen errichten lassen, so wurde in Moskau versichert, dann würden auch Bulgarien, Rumänien und Albanien solche Basen nicht erhalten. Ein entsprechender Vortrag nach dem Plan des Markezinis sollte durch die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion garantiert werden. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung entschloss sich die griechische Regierung endlich, das amerikanische Angebot abzulehnen.

Seit dieser Zeit ist auch wieder der ernsthafte Versuch Moskaus zu bemerken, seine Beziehungen zu Jugoslawien zu verbessern. Der stellvertretende jugoslawische Ministerpräsident besuchte in diesem Zusammenhang Moskau. Seit mehreren Monaten hat auch der Ton der sowjetischen Presse gegenüber Jugoslawien viel von der früheren Schärfe verloren.

Westliche Gegenoffensive

Auf der anderen Seite hat der Westen die Offensive Moskaus zu beantworten versucht, indem die USA diplomatische Beziehungen mit Bulgarien aufgenommen haben und die Beziehungen zu Rumänien zu bessern versuchten. Soeben wurden sogar mit Rumänien Vereinbarungen getroffen, nach denen amerikanische Staatsbürger für erlittene Kriegsschäden in Höhe von 24 Millionen Dollar entschädigt werden. Griechenland unterhält mit Bulgarien diplomatische Beziehungen nur auf dem Rang von Geschäftsträgern, weil Bulgarien die im Friedensvertrag von Paris aus dem Jahre 1946 festgesetzten Reparationen in Höhe von 48 Millionen Dollar bisher noch nicht geleistet hat. Obwohl der Vizeausenminister Bulgariens Tarabanoff, im vorigen Jahr Athen besuchte, wobei man sich eine Einigung über diese Frage erhoffte, hat sich Bulgarien bisher sogar geweigert, auch nur eine Anzahlung von sechs Millionen Dollar zu leisten, die Athen gleichsam als Garantie dafür ansehen würde, daß Bulgarien überhaupt gewillt sei, die zwischen beiden Ländern noch offenstehenden Fragen ernsthaft zu erörtern.

Mitte dieses Monats wird der sowjetische Außenhandelsminister Patolitschew Athen besuchen, und man verspricht sich im Zusammenhang mit der bevorstehenden Viermächtekonferenz neue Vorschläge zur Abrüstung bzw. zur Verhinderung einer atomaren Aufrüstung. Politische Beobachter in Athen behaupten, daß der sowjetische Minister vor allem der griechischen Regierung konkrete Vorschläge unterbreiten werde, die auf die Einfuhr griechischer landwirtschaftlicher Produkte in die Sowjetunion hinzielen. Insbesondere bereitet Griechenland der Tabak Sorgen, der im Jahre 1959 auf seinem traditionellen Absatzmarkt in Mitteleuropa mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Informationen aus Washington wollen sogar wissen, daß Moskau Griechenland ein Angebot zu einem Handelsaustausch machen werde, das die Höhe von 100 Millionen Dollar erreichen soll.

Stufenweise Entmilitarisierung denkbar

Ein Zusammengehen der Balkanvölker, wie Chruschtschow es sich vorstellt, ist unter den historischen Gegebenheiten gegenwärtig nicht zu erwarten. Aber auch ein echter, aus den Völkern des Balkans erwachsender Bund findet in der politischen Wirklichkeit der Nachkriegszeit, die den Balkan-Raum zu einem Zankapfel zwischen Ost und West hat werden lassen, keine eigentliche Lebensberechtigung. Eine stufenweise Entmilitarisierung dieser Zone ist freilich denkbar. Die erste Phase müsste in diesem Fall eine atomfreie Südosteuropa sein. Man hält es für gut möglich, daß auf bevorstehenden Viererkonferenz in Paris die allseitig ersuchte Abrüstung zunächst auf einem Gebiet durchgeführt wird, auf dem diese Pläne leicht zu verwirklichen sind als anderswo. + + +

Fall Heyde und kein Ende

mu. - Nun soll es doch in Kiel mit einem Ball Paradox beginnen. Die beiden parlamentarischen Untersuchungsausschüsse des Landtages unter dem CDU-Abgeordneten Dr. Rohloff haben nämlich beschlossen, am 13. April in öffentlicher Sitzung den sozialdemokratischen Abgeordneten Steffen zu vernehmen. Wann aber die Begünstiger und Mitwisser des SS-Professors Heyde, der da zehn Jahre in Flenzburg als hochbezahlter Gutachter für fünf Gerichte sein Doppelleben führte, vernommen und gerügt werden sollen, das steht in den Sternen geschrieben.

Es begann im letzten Herbst damit, daß die Sozialdemokraten einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß gegen jene Leute forderte, die um das böse Geheimnis des Professors Heyde mehr oder weniger gewußt haben, der da jetzt in Frankfurt auf seine Anklage wegen Massenmord wartet, dessen er wegen seiner Mitverantwortung an Hitlers Euthanasiemordprogramm beschuldigt wird. Die Regierungskoalition aus Christlichen und Freien Demokraten verweigerte dem Untersuchungsausschuß auf Anraten von Ministerpräsident von Hessel (CDU) die Dringlichkeit. Der Abgeordnete Steffen ergötzte öffentlich, daß Abgeordnete des Hohen Hauses in eigener Sache abgestimmt hätten, als die Dringlichkeit verneint wurde.

Als das nicht mehr möglich war und die Sozialdemokraten den Heyde-Ausschuß erzwingen konnten, setzten die Regierungsparteien auf die Untersuchungsliste auch die Meinung von Steffen. Das grobe staatspolitische Politikum aber bestand und besteht in dem durchgesetzten Verlangen der Sozialdemokraten nun darin, jene Mitwisser unter der Prominenz des Landes herauszufinden, die zumindest in ihrer staatsbürgerlichen Treue zum demokratischen Staat gefehlt haben, weil sie die Doppelrolle des Herrn Heyde/Sowade tolerierten. Bereits die erste Anklageschrift gegen den obersten Sozialrichter des Landes, den Sozialgerichtspräsidenten Dr. Buresch, wegen Begünstigung Heydes mit einer langen Zeugen- und vielleicht auch Mitwisserliste zeigt, wie richtig dieses Verlangen war.

Dreimal tagte der Untersuchungsausschuss nicht öffentlich und der Vorsitzende Roeloff sagte dabei einmal, es wäre in der staatspolitischen Optik grundfalsch, erst Steffen und dann die Heyde-Mitwisser vor den Ausschuss zu holen. Trotzdem soll es jetzt umgekehrt gehen. Die Juristen, die wohl nicht so sehr die staatspolitische Perspektive im Auge haben, sind mit ihrer Meinung durchgedrungen. Buresch soll erst vor die Flensburger Strafkammer gestellt werden, wenn im Mordprozess gegen Heyde bewiesen ist, dass Buresch Heyde begünstigt hat. Das kann nach dem Stand der Dinge rund zwei Jahre dauern - und dann wäre die Legislaturperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtages beendet und das Untersuchungsmandat seiner beiden Parlamentsausschüsse erlöschen.

Es kommt in der Tat darauf an, wenn schon die Sünde wider die Demokratie am Fall Steffen begangen wird, möglichst schnell in den Kreis der Heyde-Mitwisser einzuhaken. Schließlich haben sie sich ja gegen diesen Staat vergangen, während der demokratische Abgeordnete Steffen eifrig bemüht war, den Heyde-Ausschuss in Szene zu bekommen. Es bieten sich manche Ansatzpunkte für ein sofortiges Einhaken des Ausschusses, der nun erst einen dreiköpfigen Unterausschuss eingesetzt hat, welcher die Akten des Zivilprozesses Landesregierung gegen "Frankfurter Rundschau", die disziplinarischen Ermittlungsakten der Kieler Ministerien und die Buresch-Anklage auf eine "Vernehrungsliste" hin sondieren will.

Da ist beispielsweise der Flensburger Arzt und Professor Glatzel, der die Identität Sawade/Heyde seit 1950 kannte und dem Buresch den seit 1947 steckbrieflich wegen Mordes gesuchten Heyde als Gutachter empfahl. Dieser Mann wird straffrei ausgehen, weil er als Privatarzt keine Anzeigepflicht hatte und seine Begünstigung für Heyde verjährt ist. Ohne Zweifel aber wäre dieser Professor vor den Parlamentarischen Heyde-Ausschuss zu holen und scharf zu rügen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel